KANTON LUZERN

**Kantonsrat**

Sitzung vom: 7. Dezember 2015, nachmittags
Protokoll-Nr. 467

## Nr. 467

## Bau eines Asylzentrums Grosshof, Kriens; Entwurf Dekret über einen Sonderkredit (B 15). Entwurf, Eintreten, Detailberatung, Schlussabstimmung

Das Dekret über einen Sonderkredit für den Bau eines Asylzentrums Grosshof, Kriens wurde von der Kommission Verkehr und Bau (VBK) vorberaten. In deren Namen beantragt der Kommissionspräsident Rolf Bossart, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Nach erfolgter Informationssitzung und einer Beratung sei einstimmig Eintreten auf die Vorlage beschlossen worden. Fragen rund um den Bau und die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit seien durch die zuständigen Fachgremien des Departements eingehend beantwortet worden. Aufgrund der Übernahme eines bestehenden Projektes sei ein Zweckbau gegenüber einem Bau nach Minergie Standards bevorzugt worden. Hauptargument hierfür sei gewesen, dass man das Risiko von Einsprachen durch eine allfällige Projektänderung, welches ein neues Baugenehmigungsverfahren auslösen könnte, umgehen wolle. Das Projekt würde keine Verzögerungen vertragen. Die Inbetriebnahme sei auf 2017 geplant, und wie man der VBK versichert habe, realisierbar. Die Kosten von 6 Millionen Franken für 120 Plätze, also 50000 Franken pro Platz, seien für diese allenfalls temporäre Lösung enorm, was denn auch von der Kommission moniert worden sei. Über mögliche Alternativen wie Zivilschutzanlage-Zentren sei ebenfalls diskutiert worden. Die Kommission habe der Vorlage mit 11 zu 2 Stimmen zugestimmt. Er bitte den Rat, der Meinung der VBK zu folgen.

Im Namen der CVP-Fraktion tritt Pius Kaufmann auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Die CVP stehe hinter der Neustrukturierung des Asylwesens. Mit der Neustrukturierung sollten die Asylverfahren stark beschleunigt und ein konsequenter Vollzug der Wegweisung solle ermöglicht werden. Gemäss dieser Planung brauche der Kanton Luzern eine Zentrumskapazität von rund 450 Plätzen. Damit könne das Zweiphasen-Konzept umgesetzt werden. In den ersten zwei Monaten würden die Asylsuchenden in kantonalen Asylzentren untergebracht. Danach würden sie auf die Gemeinden verteilt. Auf dem Grosshofareal solle ein Asylzentrum für 120 Personen entstehen. Der geplante Neubau auf dem kantonseigenen Grundstück sei in Holzelementbau geplant und erfülle die baulichen und betrieblichen Anforderungen. Die Investitionskosten würden 6,27 Millionen Franken betragen. Das Gebäude werde auf 30 Jahre abgeschrieben. Eine mögliche Umnutzung, wenn nötig, sei der VBK aufgezeigt worden. Die CVP-Fraktion unterstütze die Neustrukturierung des Asylwesens. Für die Umsetzung brauche es die notwendige Infrastruktur.

Im Namen der SVP-Fraktion erklärt Pius Müller, man werde auf die Vorlage eintreten, sie jedoch grossmehrheitlich ablehnen. Der Neubau vom Asylzentrum im Grosshof in Kriens sei für die SVP zu zentrumslastig. Am gleichen Ort würden auch die Haftanstalt und das Untersuchungsgefängnis Grosshof ausgebaut. Ein Auflauf von vielen Asylsuchenden aus verschiedenen Nationen auf engem Raum sei sehr schwer kontrollierbar und brauche zusätzliches Sicherheitspersonal. Eine Nationentrennung in verschiedenen Unterkünften, wie sie im Kanton Luzern vorliege, sei von grossem Vorteil. Die Baukosten für das neue Asylzentrum Grosshof von 6,27 Millionen Franken für 120 Personen seien der SVP zu hoch. Bei der Sistierung des Asylneubaus Eichwald habe die Regierung selber von zu hohen Kosten gesprochen. Das sei wohl auch ein Grund zur Sistierung gewesen. Man könne davon ausgehen, dass die Kosten im Grosshof Kriens pro Person 50000 Franken übersteigen würden. Das seien Quadratmeter-Preise, die dem Standard eines mittleren Wohnungsbaus entsprächen. Laut Botschaft sei die Inbetriebnahme vom neuen Asylzentrum Grosshof in Kriens im Herbst

2017 geplant, also in zwei Jahren. Die SVP sei nicht bereit, ein Asylzentrum auf Vorrat zu bauen. Die SVP hoffe, dass bis Ende Jahr 2017 die gescheiterte Flüchtlingspolitik in Europa ihre Lehre aus der Vergangenheit gezogen habe. Sie sei auch der Auffassung, dass wenn sich die Schweiz mit eigenen Mitteln schütze, die massive Migrationswelle abnehmen werde. Die Völker- oder Massenwanderungen von Flüchtlingen in ganz Europa müssten zwingend gestoppt werden. Die unbestritten beste Lösung wäre vor Ort, das heisst in ihren Heimatländern. Die Asylkrise gefährde Europa, das Ende der offenen Grenzen offenbare sich mehr und mehr. Nach dem gescheiterten Dublin-Abkommen brauche es an den Grenzen keine Mauern oder Drahtzäune, wie das Teile von EU-Mitglied-Staaten handhabten. Dies wäre definitiv die falsche Lösung. Aber es brauche ohne Wenn und Aber wieder Grenzkontrollen. Die Grenzen seien unter Beizug der Armee umgehend zu kontrollieren. Es könne doch nicht sein, dass 65 Prozent der Asylbewerber dauerhaft in der Schweiz bleiben könnten. Seit Monaten dominierten unter den Einwanderern die Eritreer. Sie gäben sich allesamt als Militärdienstverweigerer aus. Denn die Schweiz sei auf der ganzen Welt das einzige Land, das Militärdienstverweigerung als asylbegründenden Fluchtgrund anerkenne. Zwar sei Eritrea vor Jahren von einem Krieg heimgesucht worden. Heute aber herrsche dort kein Krieg mehr. Seien es somit wirklich alles verfolgte Flüchtlinge? Oder gelte das Motto, gekommen um zu bleiben? Man dürfe nur Flüchtlinge aufnehmen, die wirklich an Leib und Leben bedroht seien. Für diese echten Flüchtlinge habe der Kanton Luzern genügend freie Plätze zur Verfügung. Mit der momentan angespannten Finanzlage im Kanton Luzern gebe es doch bessere und günstigere Lösungsansätze, als ein neues Asylzentrum zu bauen. Mit den zur Verfügung stehenden Asylzentren im Kanton Luzern, den verschiedenen Zivilschutzanlagen, das im Bau stehende Projekt in Rothenburg mit 180 Plätzen sowie den temporären Unterkünften in verschiedenen Regionen, stelle der Kanton Luzern aus Sicht der SVP mehr als genügend Asylplätze für echte Flüchtlinge zur Verfügung. Also brauche es keine Plätze auf Vorrat. Die SVP fordere die Regierung auf, mit den betroffenen Behörden in Gemeinden mit Asylunterkünften weiter zu verhandeln und diese zu unterstützen, damit sie die Asylunterkunftsplätze weiterhin zur Verfügung stellten (zum Beispiel der Hirschpark in Luzern oder die Zivilschutzanlage in Dagmersellen). Die Infrastruktur sei ja bereits vorhanden. Es würden auch keine negativen Vorfälle an beiden Orten vorliegen. Die SVP- Fraktion setze grossen Wert auf die zahlreichen bestehenden Asylunterkünfte, natürlich nur so lange wie nötig, und lehne einen Neubau im Grosshof Kriens entschieden ab.

Im Namen der FDP-Fraktion tritt Guido Bucher auf die Vorlage ein, man werde ihr grossmehrheitlich zustimmen. Obwohl die ganz grossen Flüchtlingsströme im Moment noch an der Schweiz vorbeigehen würden, stiegen die Flüchtlingszahlen auch bei uns permanent. Das werde sich in nächster Zeit nicht verändern. Das Asylwesen sei eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Der Kanton Luzern brauche langfristig rund 450 Zentrumsplätze. Neu ankommende Asylsuchende würden ja in den ersten zwei bis sechs Monaten in einem kantonalen Asylzentrum untergebracht. Ein solches Asylzentrum mit 120 Plätzen solle nun in Kriens auf dem kantonseigenen Areal neben dem Gefängnis Grosshof entstehen. Der vorgesehene Holzelementbau sei einfach, flexibel und zweckmässig. Er erfülle alle Anforderungen, welche an ein Asylzentrum gestellt würden. Das ganze Gebäude bestehe aus drei Baukörpern: Einem Wohntrakt, einem Gemeinschaftsgebäude und einem Technik- und Lagergebäude. Die vorgesehenen Kosten von 6 Millionen Franken seien absolut verhältnismässig. Die Anlage weise eine technische Lebensdauer von 30 Jahren auf. Sie könne auch um genutzt werden, wenn sie als Asylzentrum nicht mehr benötigt werde. Für die FDP sei die Notwendigkeit ausgewiesen. Die Kosten seien im Rahmen und gerechtfertigt.

Im Namen der SP-Fraktion tritt Marcel Budmiger auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Die SP begrüsse den Bau vom Asylzentrum Grosshof. Die 120 Plätze für Asylsuchende würden dringend benötigt, das zeigten auch der Antrag der Regierung und die Tatsache, dass man jetzt nicht über Vorstösse diskutiere. Der Kanton müsse weg kommen von Provisorien und Notzentren diese seien teurer als feste Zentren. Der Bau vom Asylzentrum Grosshof sei ein Schritt dazu. Die SVP habe das Projekt von Anfang an verhindern wollen, sei aber mit dem Vorhaben in Kriens an der Urne gescheitert. Dank dieser Verzögerung habe man herausgefunden, dass der Kanton besser selber baue und man habe das bestehende Projekt von einer Baugenossenschaft übernommen. Diese hätte nicht nach den energetischen Standards des Kantons bauen wollen, aus nachvollziehbaren Kostengründen habe der Kanton dieses

Projekt so übernommen. Im energetischen Bereich habe die SVP ihr Ziel also eigentlich erfüllt. Dies sei der eine Makel dieser Vorlage für die SP. Zum anderen hätte sich die SP einen auf eine längerfristige Nutzung ausgerichteten Bau gewünscht. In der Botschaft werde erwähnt, dass die Gebäude auch für studentisches Wohnen nutzbar wären. So hätte eine längere Nutzungsdauer als die geplanten 30 Jahre sicher Sinn gemacht. Da man aber diese Plätze benötige, werde die SP auf die Vorlage eintreten und dem Sonderkredit zustimmen. Er möchte sich noch kurz zum verbalen Rundumschlag seines Vorredners der SVP äussern. Es sei unglaubwürdig, wenn eine Partei, welche bei jeder Gelegenheit gegen die EU schiesse und auch jegliche Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU im Migrationsbereich bekämpfe, nun eine europäische Lösung fordere. Vor allem wenn man sich dabei weiterhin als Insel betrachte und von der EU dann einfach fordere, dass ja keine Flüchtlinge mehr in die Schweiz gelangen dürften. Es sei nicht ehrlich, wenn eine Partei, die vor wenigen Tagen bei der Entwicklungszusammenarbeit Budgetkürzungen beim Bund durchgebracht und mitgetragen habe, nun mehr Hilfe vor Ort fordere und gleichzeitig Waffenlieferungen an die Verbündeten des IS und Syriens unterstütze. Zusätzliche Grenzkontrollen seien zudem auch schwierig, wenn die SVP auch bei den Grenzwächtern spare. Es sei undemokratisch, wenn man nun auf kantonaler Ebene den Krienser Volksentscheid für das geplante Asylzentrum Grosshof aushebeln wolle. Man solle bitte den Volksentscheid akzeptieren und sich nicht ins Fahrwasser der Krienser Lokalpartei begeben. Er bitte den Rat den Kredit zu unterstützen, man benötige diese Plätze, damit man nicht mehr auf teure Provisorien setzen müsse.

Im Namen der Grünen Fraktion tritt Katharina Meile auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Die aktuelle Situation, die aktuellen Migrationsströme forderten auch die Schweiz auf, ihren Beitrag zu leisten und Menschlichkeit zu zeigen. Das heisse, asylsuchende Menschen aufzunehmen, unterzubringen und ihnen Tagesstrukturen zu geben sowie die Integration zu ermöglichen. Nun habe der Kanton Luzern aber zu wenige Plätze für Asylsuchende. Es müssten längerfristige Lösungen gefunden werden, denn die Situation auf der Welt werde sich nicht so schnell verbessern. Mit der vorliegenden Botschaft zum Asylzentrum Grosshof liege ein gutes Projekt vor. Der Neubau sei finanziell tragbar und der Betrieb könne in absehbarer Zeit aufgenommen werden und ermögliche eine menschenwürdige Unterbringung, im Gegensatz zu den Bunkern unter Tag. Das vorgeschlagene Projekt sei keine Luxuslösung, aber sinnvoll. Eine Nachnutzung scheine möglich zu sein, falls sich das Weltgeschehen plötzlich deutlich verbessern würde, zum Beispiel dank der Hilfe vor Ort oder einem Waffenlieferungsverbot. Man habe also vorausgedacht, aber leider nur für 30 Jahre. Aus Sicht der Grünen Fraktion wäre es besser gewesen, auf ein langlebigeres Projekt zu setzen. Sie kenne aber die Argumente dagegen, schliesslich habe man das Projekt eins zu eins von der Gemeinnützigen Genossenschaft Pandocheion übernommen. Das stimme, schliesslich habe die Regierung damals den Auftrag dazu gegeben, und das ohne Ausschreibung. Ob die Regierung wisse, dass man Forderungen stellen könne und Bedingungen einhalten müsse? Damit spreche sie weniger die Nutzungsdauer an, sondern viel mehr den Baustandard bezüglich Energie. Warum habe man nicht gerade den Minergie-P-Standard gefordert, wie es Pflicht bei Neubauten sei? Warum habe man nicht eine Fotovoltaik-Anlage auch für die Stromproduktion und nicht nur für Warmwasser eingeplant? Das wäre die Aufgabe der Regierung gewesen. Schliesslich habe man heute ja gute Möglichkeiten, sogar Plus-Energie-Häuser zu bauen. Das wäre ein gutes Vorzeigprojekt für den Kanton Luzern gewesen. Es sei ihr aber bewusst, dass das schon ein bisschen viel gefordert wäre. Aktuell dränge die Zeit und es würden dringend mehr Asylplätze benötigt. Der Kanton Luzern habe die Pflicht, 4,9 Prozent der in der Schweiz asylsuchenden Menschen aufzunehmen, das sei auch richtig so. Darum sei es für die Grüne Fraktion klar, dass sie dem Projekt zustimmen werde. Der Rat müsse seine Verantwortung wahrnehmen und das Projekt Grosshof ermöglichen, es hätte schon zu lange Verzögerungen gegeben. Man solle dem Projekt zustimmen, damit die schutzsuchenden Menschen gut aufgenommen und untergebracht werden könnten.

Im Namen der GLP-Fraktion tritt Samuel Odermatt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Zugegeben, die aktuelle Lage im Asylwesen sei anspruchsvoll, Bund, Kanton und Gemeinden stünden vor der grossen Herausforderung, diese Flüchtlinge unterzubringen. Die Zivilgesellschaft stehe vor der Herausforderung, die ankommenden Menschen zu integrieren. Die GLP habe im Sommer keinen Asylstreik ausgerufen, das werde sie auch in der Adventszeit nicht tun, sondern sie werde den Herausforderungen konstruktiv begegnen und nicht einfach

Probleme bewirtschaften. Die aktuelle Situation des Asylwesens sei klar, man brauche zusätzliche Asylunterkünfte und wenn man die Strategie des Bundes umsetzen wolle, brauche es auch grössere Einheiten. Das hier vorliegende Projekt biete den Vorteil, dass es die Plätze für rund 30 Jahre sicherstelle. Das sei relativ untypisch für den Asylbereich, wo die meisten Projekte nur für wenige Jahre verwendet werden könnten und dadurch die Abschreibungen unverhältnismässig hohe Kosten verursachten. Denn wenn eine Unterkunft nur für zwei Jahre genutzt werden dürfe, müssten die Investitionen innerhalb von kürzester Zeit abgeschrieben werden. Zum Bauprojet müsse die GLP festhalten, dass die energetischen Vorgaben, die sich der Kanton selber gegeben habe, nicht eingehalten würden. Die GLP bedaure dies zutiefst. Gleichzeitig baue man eine Mauer um das Asylzentrum. Man frage sich jetzt: Wer solle hier vor wem geschützt werden? Müssten die Asylsuchenden vor den Bürgerinnen und Bürgern geschützt werden oder müssten man die Bürger und Bürgerinnen vor den Asylsuchenden geschützt werden? Er glaube, keines von beidem wäre nötig, deshalb würde die GLP anstelle eines Zaunes lieber eine grössere Fotovoltaikanlage installieren.

Im Namen des Regierungsrates bittet Finanzdirektor Marcel Schwerzmann den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Es sei eine Tatsache, dass die Anzahl der Asylsuchenden in der Schweiz zunehme. Dafür würden Unterkünfte benötigt. Der vorliegende Bau sei zweckmässig, schnell erstellt und überhaupt nicht luxuriös. Für vier Personen seien zweckmässige, der Situation angepasste Zimmer von 14 m2 geplant. Die Regierung habe das Projekt von der Gemeinnützigen Genossenschaft Pandocheion übernommen, es entspreche deshalb nicht in allen Belangen ihren Vorstellungen. Leider sei der Energiefrage zu wenig Rechnung getragen worden. Dasselbe treffe auf die Umgebungsarbeiten zu, darüber habe man auch in der Kommission diskutiert. Man habe aber nie von einer Mauer gesprochen, sondern es sei ein Zaun mit entsprechender Begrünung vorgesehen. Die Kosten würden 6 Millionen Franken betragen und über 30 Jahre abgeschrieben. Das Gebäude könne voraussichtlich 30 Jahre genutzt werden, es bestünden mehrere Weiterverwendungsmöglichkeiten. Eine davon sei zum Beispiel das studentische Wohnen. In Anbetracht der ungewissen Lage, woher und wie viele Flüchtlinge der Kanton Luzern aufnehmen müsse, brauche es ein flexibles Projekt, wie es hier vorliege.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

*Titel* und *Ingress* sowie *Ziffern 1, 2 und 3* werden in der Detailberatung gemäss Entwurf des Regierungsrates angenommen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für den Bau eines Asylzentrums Grosshof, Kriens, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 86 zu 23 Stimmen zu.